

Volks-Zeitung

Mit „Jede Woche Musik“

Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Hausu.Garten-Ztg. Techn.Zeitung Witzblatt „ULK“



Vertrieb durch den Buchhandel... Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Erhöhter Abdruck... Chefredakteur: Otto Nuschke.

Fehrenbach heute bei Hindenburg

Das Zentrum gegen eine Vermittlerrolle Fehrenbachs - Verfehlte Klärungsmethode

Wie wir aus Kreisen des Zentrums und der Demokraten erfahren, ist der Reichstagsabgeordnete Fehrenbach (Zentrum) gestern geworden, die Rolle des Vermittlers zwischen den für die große Koalition in Betracht kommenden Parteien zu übernehmen und sachliche Beratungen einzuleiten, um eine gemeinsame Plattform zu finden. Erst nach Vereinerung einer solchen gemeinsamen Grundlage sollte dann die Besetzung einer Vermittlerrolle in Betracht kommen. Die Besetzung einer Vermittlerrolle sollte aber nicht mit einer solchen gemeinsamen Grundlage verbunden werden. Wie wir weiter hören, hat der Vorstand des Zentrumsfraktion sich nicht damit einverstanden erklärt, daß der Abg. Fehrenbach eine solche Vermittlerrolle übernehmen sollte. In Kreisen des Zentrums und der Demokraten ist man noch wie vor der Auffassung, daß jetzt nichts übrig bleibt, als sofort eine Verständigung zu beantragen.

Die sachliche Kabinettschefs, auch die sachliche Basis für sein Kabinettschaffen, was voraussetzt, daß seine Person den Koalitionspartnern genehm ist. Ihm diese Arbeit der Verhandlungen über ein Regierungsprogramm abzunehmen, liegt kein Grund vor, ja, es ist sogar vom parlamentarischen Standpunkt aus ein Hindernis, Programm und Person voneinander zu trennen, denn bei den Programmverhandlungen werden die sachlich republikanischen Parteien einen anderen Standpunkt einnehmen, wenn ein Vertreter der Reichsregierung befragt wird, als wenn der Reichspräsident befragt wird. Die bisher übliche Praxis der Kabinettsbildung beantragt ist. Will der Reichspräsident die noch immer verworrene Situation durchaus mit Hilfe des Herrn Fehrenbach klären, so bleibt nichts übrig, als ihn mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Es ist aber sehr fraglich, ob sich Fehrenbach bei den Koalitionspartnern wird durchsetzen können, falls er den Auftrag überhaupt annehmen sollte, zumal beim Zentrum keine grobe Neigung besteht, seine Abgeordneten bei den ersten Verhandlungen, die am schwierigsten und unanfechtbarsten sind, sich betrauen zu lassen. Die bisher übliche Praxis der Kabinettsbildung der Deutschen Volkspartei befragt den Reichspräsidenten, wenn sie die anderen Parteien durch ergebnislose Verhandlungen müde gemacht hat, und daß sie dann Luther als ihren Mann auf den Kanzlerposten zu schieben versuchen wird.

Schnelldienst

Im preussischen Senat... Der republikanische Senator... Eine Mitteilung... Der Bundesrat im norwegischen Ministerium...

Amerikanische Eindrücke

von Ernst Lemmer

Die Verhandlungen der diesjährigen Jahreskonferenz der interparlamentarischen Union... Die Verhandlungen der diesjährigen Jahreskonferenz der interparlamentarischen Union, einer internationalen Organisation der Parlamentarier aller Länder und Parteierichtungen zur Pflege und Vertiefung der Ideen vom modernen Parlamentarismus und Förderung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, führten mich als Mitglied der deutschen Delegation im Herbst nach dem nordamerikanischen Kontinent. Die Verhandlungen der Union fanden in der ersten Oktoberhälfte, teils in Washington, der Hauptstadt der „Vereinigten Staaten“, teils in Ottawa, der Hauptstadt Kanadas, statt. In beiden Städten waren die mehr als 350 Delegierten, als Vertreter der Parlamente von 41 Nationen, in großzügiger Gastfreundschaft die Gäste der Regierungen Kanadas und der „Staaten“. Die gewohnte Gastfreundschaft offenbarte den ungeheuren Reichtum des Landes, kein europäischer Staat wäre zu einem ähnlichen Empfang materialmäßig fähig gewesen. Das sachliche Verhandlungsergebnis ist in der deutschen Presse genügend erörtert worden, es kann dazu bemerkt werden, daß selbst die rechts-volksparteilichen Abgeordneten Dr. Gildemeister und v. Rheinbaben als Mitglieder der deutschen Delegation den sachlichen und positiven Verlauf der Konferenzen erachtet in aller Öffentlichkeit anerkannt und mit vollem Recht auch auf die unbedingte Nützlichkeit der Arbeiten der interparlamentarischen Union hingewiesen haben. Mit Genugtuung kann vor allem festgestellt werden, daß die Probleme der internationalen Abrüstung und des Schutzes der nationalen Minderheiten eine den deutschen Wünschen entsprechende Behandlung erfahren haben. Die Polen und Tschechen kamen angehängt der überwiegenden Stimmung der Konferenz, und vor allem auch der amerikanischen Öffentlichkeit nur zu ganz schwachen und wirkungslosen Verhandlungen, dagegen Opposition zu machen.

Nur der deutschnationalen Presse, die von Berlin W. aus die Beratungen der Washingtoner Konferenz verfolgte, blieb es natürlich vorbehalten, von Sachkenntnis völlig ungeleitet, ihre negativen und übel herabsetzenden Urteile abzugeben. Kechnlich abnuschlos über die westlichen Vorgänge und Erscheinungen dürfte die deutschnationalen Presse ihre Verurteilung der Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit zu den Ereignissen der deutschen Politik halten. Denn darüber kann nirgends ein Zweifel bestehen, daß die allmählich vom verheerenden Kriegsgeschehen freigesetzte öffentliche Meinung Amerikas nur dem neuen und republikanischen Deutschland ihre Sympathien zuwenden kann. Ich bin selbst darüber erstaunt gewesen, mit welcher Abneigung, und wie ich zugeben will, auch mit welcher unachtsamen Gleichgültigkeit der Durchschnittsamerikaner vom Deutschland Wilhelms des Zweiten und dessen Militarisismus spricht. Was man allerdings begehrt, wenn man bald erkennen will, wie tief die amerikanische Volkseele dem Militarisismus schädlichen feindlich gegenüber steht. Die antimilitaristische Gemütsbildung des amerikanischen Volkes dürfte im übrigen damals Anfang Oktober, auch dem früheren französischen Finanzminister Caillaux recht empfindlich zum Bewußtsein gekommen sein, als seine Bemühungen um eine definitive Lösung des französisch-amerikanischen Schuldensproblems scheiterten. Die Presse, und mit ihr die öffentliche Meinung, erprob sich mit noch nicht dagewesener Einmütigkeit gegen das französische Volk, um ihm einseitig klarzumachen, daß Amerika folange unerbittlich auf seinen Forderungen als Schuldiger Frankreichs bestehen müsse, wie Frankreich nach Geld genug habe, um nicht nur einen überflüssigen Militarisismus in eigenen Land und um Welt zu unterhalten, sondern vor allem auch, um einen den europäischen Völkern beunruhigenden, noch überflüssigeren Militarisismus in Paris und Prag auszubringen. Das die hitzigen Phantasieren der deutschen Nationalisten, die leider drüber in ihrer praktischen Bedeutung übersehen werden,

Die Gefahren des Mosulfkonflikts

In London spricht man von Krieg - Der Völkerbund hat das Wort

London, 12. Dezember.

Obwohl es noch verfrüht wäre, von einer Kriegsgesfahr im nahen Osten zu sprechen, bleibt die Lage doch nach wie vor außerordentlich ernst. Dies zeigt sich zunächst darin, daß man hier die strategische und politische Position der beiden Parteien abwägt.

In dieser kritischen Stunde richten sich aller Augen auf den Völkerbund, der jetzt die schwersten Stunden seines bisherigen Daseins erlebt. Englische offizielle Kreise vor allem werden nicht müde, darauf hinzuweisen, daß der Mosulfkonflikt nicht ein englisch-türkischer Streit, sondern eine Auseinandersetzung zwischen dem Völkerbund und der Türkei ist.

Genf, 12. Dezember.

Die Situation in der Mosulffrage ist auch heute nachmittag noch ängstlich unklar. Die Verhandlungen sind noch in der Schwebe. Von maßgebender türkischer Seite wird erklärt, die Dreierkommission des Rates habe den Außenminister Tewfik Wahidi bei zu einer Besprechung eingeladen. Er habe die Aufforderung jedoch abgelehnt, dem Hinweis auf den Inhalt eines Schiedsvertrages; dagegen habe er dem Komitee in einem Schreiben mitgeteilt, wenn von Seiten des Rates Vorschläge zu einer Verhandlung gemacht würden, werde er von diesen Vorschlägen offiziell Kenntnis nehmen und sie nach Angora übermitteln. Die türkische Delegation betradete ihre Vollmacht als beendet, da der Rat an seiner Auffassung festhalte, das Recht des Schiedsrichters in der Angelegenheit auszuüben. Es ist der betannte türkische Standpunkt, daß der Vertrag lediglich als Vermittler zu betrachten ist. Was die Frage eines Schiedsvertrages betrifft, so hält man auf türkischer Seite daran fest, daß der ursprüngliche Vorschlag der Türkei den von der Untersuchungskommission des Rates bekanntlich als für die Erfüllung des Iraq als lebensnotwendig erklärten Schritt von Djalo abzutreten, eine Wais darstellen konnte, auf der man mit Zugeständnissen von Seiten der Türkei zu einer Verständigung gelangen könnte. Eine Einigung auf der Basis der „Wahidie“ ist, wie mitgeteilt, nachdrücklich die Grundfrage der Entscheidung des Rates bilden wird, erklären die Zürcher noch wie vor zurückweisen zu müssen. Dies ist geeignet das Endstadium eines zähen Kampfes, der sich der Entscheidung nähert.

Der türkische Außenminister Raschid Bei ist heute abend 10 1/2 Uhr nach Paris abgereist. Es wird berichtet, daß der Minister in zwei Tagen nach Genf zurückkehrt. In beiden Zusammenhängen sei darauf aufmerksam gemacht, daß gestern

der russische Außenminister Litwinow in Paris eingetroffen ist. Die Vermutung liegt nahe, daß Litwinow bei den Anlässen sein wird, um mit ihm in Verbindung zu treten. Außerdem soll er die türkische Außenminister seinen Aufenthalt in Paris zu einer Diskussion mit dem dortigen türkischen Botschafter, dem früheren Außenminister, Fetih Bei, nehmen.

Luffahrtbesprechung am Freitag

Die Botschafterkonferenz ladet deutsche Vertreter ein

London, 12. Dezember.

Die Botschafterkonferenz beschloß die Bildung eines alliierten Komitees, dem das Luftfahrtproblem sowie politische Vertreter der beteiligten alliierten Botschaften angehören sollen. Dieses Komitee soll die alliierten Wünsche zunächst unter sich und dann mit den deutschen Sachverständigen erörtern. Es wurde ferner bestimmt, daß Sachverständigen des Komitees beauftragt sind, daß eine interne Beratung am 18. Dezember stattfinden wird, und daß Zeitungsland eingeladen werden soll, Vertreter zu Besprechungen am 18. Dezember zu entsenden. In einer der deutschen Regierung übermittelten Note werden die deutschen Sachverständigen zu einer Zusammenkunft mit dem alliierten Komitee auf den 18. Dezember eingeladen.



Reichstagspräsident Brüno, dem morgen alle Republikaner ihre Glückwünsche zum 29. Geburtstagsfeier überbringen